

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion: Dresden, Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Albstadt.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Anrechnung für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 19, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6 Spalten Nonpareilzeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die 6 Spalten Reklamzeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Kleinanzeigen 2 M.

Nr. 192

Dresden, Freitag den 18. August 1922

33. Jahrg.

Die neueste bayerische Krise

„Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!“ So mag der bayerische Ministerpräsident, Graf Verchenfeld, denken, der in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, mit den Koalitionsparteien seiner eigenen Regierung einen schweren Kampf auskämpft. Ein seltsames Schauspiel, das sich in München vollzieht! Die Regierung Verchenfeld wollte ein klein wenig den bayerischen Partikularismus loslassen, um vom Reich Zugehörnisse zu erlangen, aber kaum war der dienbare Geist aus der Flosche heraus, als er sich seines Gebietes bemächtigte und ihn mit derben Griff in den Nacken anfaßte: „Tut du nicht alles, was ich verlange, so breche ich dir das Genick.“

Graf Verchenfeld war zunächst der Exponent einer bürgerlichen Mittelkoalition gewesen, die gegenüber dem vorangegangenen System mehr-Boehmer-Roth einen kleinen Schritt nach links bedeutete. Neugierde dokumentierte sich das dadurch, daß die bayerische Mittelpartei — trotz ihrem schönen Namen in Wirklichkeit die extreme Reichtspartei — aus der Koalition ausgeschieden war. Kaum aber begann Verchenfeld seinen Kampf gegen die Reichsregierung, als er seinen linken Flügel, die wahrlich nicht sehr demokratischen bayerischen Demokraten, aus der Koalition hinausdrückte und stattdessen die Mittelpartei wieder einmündete. Er wollte als Graf Verchenfeld, aber getüßelt durch die alte staatsrechtliche Koalition, weiter regieren.

Durch dieses Experiment hat sich Verchenfeld in eine sehr heikle Situation gebracht, die allerdings vorauszusuchen war. So war die extreme Rechte in der Koalition drin, als sie nur auf den Sturz Verchenfelds und die Wiederaufrichtung des unverhüllten Regiments Rahr hinarbeitete. Die rühmlichen Mäpfer der Rechten, der Wiesbacher Anzeiger und der Politische Beobachter, wurden gegen Verchenfeld gehetzt, sie mußten mit Enthüllungen aus Verchenfelds Privatleben drohen. Diefelben Leute, die fortwährend Reden gegen das „Regiment der Straße“ schwingen, das angeblich im Reich und in Bremen herrschen soll, mobilisieren ungeniert ihre Strafe gegen das Ministerium Verchenfeld. Eine Redaktionskommission wurde in den Landtag geschickt, um die Verhandlungen der Parteiaussschüsse zu terrorisieren, und gleichzeitig demonstrierte man auf der Straße in Formen, die die Polizei ausdrücklich verboten hatte. Bayern ist bekanntlich ein „Ordnungsland“ und München wird demnächst seinen Namen in „Ordnungsland“ umtaufen. Also greift natürlich die Polizei ein und verschafft ihren Anordnungen Respekt? O nein, die Münchner Polizei ist von Boehners Zeiten her gut geübt, sie weiß, daß sie ihren Schmeiß nur gegen sozialdemokratische Demonstrationen, aber nicht gegen nationalpolitische Ordnungsgrübel anwenden darf. Also ließ sie die Straße sich gegen die von ihr zu schützende Regierung Verchenfeld ausleben und erklärte hinterher bedauernd, ein Einverständnis sei nicht opportun gewesen.

Dieser kleine Zug zeigt, wie weit überhaupt die Regierung Verchenfeld als Verhandlungsfaktor gewertet werden kann. Er zeigt, wo in Wahrheit der Konflikt liegt. Die in München verbarrickadierte und organisierte Reaktion lehnt sich gegen die Republik und ihre Schutzgeister auf, sie will mit Gewalt erzwingen, daß in Bayern alles beim alten bleibt. Nicht um bayerische Fejervatrache handelt es sich für die aus Dresden eingewanderten Rechtsradikalen, denen an sich der bayerische Partikularismus ganz gleichgültig ist. Für sie geht es darum, daß die Reaktion weiter ungehindert von Bayern aus wählen und intrigieren, Komplotte schmieden und Morde antistiften kann, ohne dabei von irgendeiner Polizei oder Gerichtsinstanz belästigt zu werden. Der bayerische Partikularismus ist nur das Mittel, durch das dieser lachliche Zweck erreicht werden soll.

Die Regierung Verchenfeld geht mit den Zielen dieser Clique nicht einig, aber sie ist durch deren lärmendes und gewalttätiges Vorgehen zu sehr eingeschüchtern, um ernsthaft etwas gegen sie zu unternehmen. Bezeichnend hierfür ist auch das Verhalten der bayerischen Koalitionspartei, der größten unter den bayerischen Koalitionsparteien. Sie hat zwar nicht wie die Mittelpartei das Berliner Protokoll bisher rühmend abgelehnt, aber sie hat auch nicht den Mut gefunden, es anzunehmen. Deshalb laviert sie hin und her, und hofft, die tobende Meute zu beruhigen, indem sie noch ein paar Stenographen heranzuschlagen will. Es kann aber mit Sicherheit gesagt werden, daß die Meute sich nicht beruhigen wird, solange durch die Schugrieche für die Republik — nicht etwa bayerische Hoheitsrechte — sondern die reaktionären Machenschaften mit Papern bedroht werden.

Die bayerische Koalitionspartei möchte, daß mit dem Reich weiter verhandelt wird, daß aber bis zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen die bayerische Verordnung in Kraft bleibt. Das ist eine Verschleppungspolitik, auf die unser Land nach dem Reich sich unmöglich einlassen kann. Nach dem Berliner Protokoll sollte die bayerische Verordnung am 18. August aufgehoben werden. Die Reichsregierung kann nicht anders, als die Annahme dieses Termins fordern. Sie kann dies um so eher, als ihr das Recht zusteht, im Weigerungsfall von sich aus die Verordnung außer Kraft zu setzen.

Im Berliner Protokoll ist die Reichsregierung bis zur äußersten Grenze der Nachgiebigkeit gegangen. Wenn sie jetzt auch nur die Spur einer Neigung zu weiterer Nachgiebig-

keit zeigt, so trübt sie damit nicht die Regierung Verchenfeld, sondern vergrößert damit nur den Appetit der rechtsradikalen Elemente, die auf den Bruch zwischen Bayern und dem Reich hinarbeiten.

Zwischen der Regierung Verchenfeld und der Reichsregierung ist eine Verständigung möglich, nicht aber zwischen der Reichsregierung und den rechts- und republikfeindlichen Rechtsradikalen in Bayern. Kößt sich die Regierung Verchenfeld von diesen ins Schlepptau nehmen, so zerstört sie damit selber die hoffnungsvollen Ansätze einer Einigung, die das Berliner Protokoll brachte. Eine Lösung des Konfliktes auf säklichem Wege sehen wir nur dann als möglich an, wenn die Regierung Verchenfeld auf die ursprüngliche Basis ihrer Existenz wieder zurückkehrt, das heißt die alte Koalition mit den Demokraten bildet und die Mittelpartei aus der Regierung ausschließt. Das bedeutet allerdings den gleichzeitigen Entschluß, den Kampf gegen die rechtsradikale Fronde aufzunehmen. Der Entschluß ist für eine bürgerliche Münchner Regierung nicht leicht und wird erschwert dadurch, daß die Führer der bayerischen Koalitionspartei, die Heim und Weid, andauernd mit den Rechtsradikalen liebäugeln. Findet aber die Regierung Verchenfeld den Mut zu diesem Entschluß nicht, so ist eine folgenreichere Verschärfung der Krise unausbleiblich. Von der Reichsregierung verlangen wir jedenfalls, daß sie keinen Schritt über das Berliner Protokoll hinausgeht. Weiteres Nachgeben würde die Münchner Fronde nicht etwa verhältnißlos stimmen, sondern nur noch mehr ermutigen.

Die Fronde gegen das Reich

München, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Koalitionsparteien sind heute zu einer gemeinsamen Beratung zusammengetreten, der auch die Mitglieder des Kabinetts beizuhören. Die Koalition hat die Berliner Vereinbarung verworfen, verweigert die Aufhebung der bayerischen Verordnung und will neue Verhandlungen mit Berlin anzuknüpfen versuchen. Abends 8 Uhr trat der Ministerrat zusammen, um zu dieser Entscheidung Stellung zu nehmen.

Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben zu der Stellung des Ministeriums Verchenfeld: „Es ist noch nicht entschieden, ob Graf Verchenfeld und die übrigen Vertreter Bayerns, die in Berlin verhandelt haben, auch diese neue Aufgabe übernehmen wollen.“

Die Auffassung in unterrichteten parlamentarischen Kreisen neigt im allgemeinen dazu, daß Graf Verchenfeld infolge dieser Desabouierung unter Umständen seinen Rücktritt erklären wird.

An der Mittwochdemonstration der Rechtsradikalen am Königsplatz hatte sich bereits der neue Kandidat, Herr

von Sahr, in auffälliger Form beteiligt, während Graf Verchenfeld sich diese Demonstration in bescheidener Zurückhaltung ansah. Folgende Auslassung der Staatszeitung über diese Maßnahme dürfte zweifellos auf Verchenfeld zurückzuführen sein:

„Die Demonstration zeigt, mit welcher Bewußtlosigkeit und Oberflächlichkeit der Masse Dinge hingenommen und als Befehle mündelhaft gemacht werden. Während gestern die verantwortlichen Parlamentarier in erster Arbeit die Berliner Abmachungen in allen Einzelheiten prüften, hat man draußen am Königsplatz geglaubt, mit ein paar vollstündigen Reden die schwermütigen Lage Rechnung tragen zu können. Die Herren, die gestern von einem beispiellosen Unfall und einem Geheimvertrag gesprochen haben, dürften damit kaum den Befähigungsmaßstab für eine verantwortungsvolle Rolle in der Politik erreicht haben. Es ist geradezu eine Väterlichkeit, zu behaupten, daß zwischen dem Grafen Verchenfeld und dem Reichspräsidenten Ebert ein Geheimvertrag abgeschlossen worden sei.“

Demzufolge sieht es nicht so aus, als ob Graf Verchenfeld die Absicht hätte, der bayerischen Koalitionspartei und deren außerparlamentarischen Scharfmachern bis zum äußersten zu folgen. Zum mindesten wird stark bezweifelt, ob Graf Verchenfeld persönlich die Verhandlungen mit Berlin wieder aufnehmen wird. Nach Aeußerungen des Ministerpräsidenten im Landtag ist anzunehmen, daß er so lange wie irgend möglich seine Stellung behalten wird, im Schimmeres zu verharren und um nicht vorzeitig einem Rahr oder Roth den Platz zu räumen. Die Aufhebung der Kabinettsfrage wird also lediglich von dem Gange der parlamentarischen Entwicklung im bayerischen Landtag und dem Vollmachen der neuen Unterhändler mit Berlin abhängen.

Russische und bayerische Reaktion

München, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Das kommunistische Organ Münchens Die Neue Zeitung bringt eingehendes Material über die Herstellung von zirkulären Flugblättern in der Münchner Druckerei Odenburg, die bekanntermaßen rechtsbolschewistische Offiziere als Druckergehilfen beschäftigt. Die Flugblätter enthalten zwei Aufrufe des Großfürsten Anril an die am Ausland betriebenen gegenrevolutionären Organisationen.

Verchenfeld lehnt ab

Die neue Kommission für Berlin.

Graf Verchenfeld soll es, nach einer Meldung aus München, abgelehnt haben, zum zweiten Mal als Unterhändler nach Berlin zu gehen. So wird diesmal eine aus anderen Regierungsbekanntmachungen zusammengesetzte Kommission nach Berlin fahren, die ganz bestimmte Befugnisse hat. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung wissen will, wird die Kommission bereits heute nach Berlin abreisen.

Um die Heilige Stadt

Es ist kein Zufall, daß im Augenblick der Londoner Konferenz der griechisch-türkische Konflikt von neuem auflebte, nachdem man infolge beiderseitiger Erschöpfung seit Monaten zu einer Art Waffenstillstand gekommen ist. Es ist kein Zufall, daß just im Augenblick, wo sich in London die Staatsmänner der Entente im harten, zähen Ringen gegenüberstanden, griechische Truppen in Rodosto landeten, 120 Kilometer vor den Toren Konstantinopels, zwei Tagesmärsche von der Abzweigung der einzigen Eisenbahn, dem einzigen Hindernis auf dem Wege nach der türkischen Hauptstadt.

Was bezweckt Griechenland mit seinem Vorgehen? Im Friedensvertrag von Sevres vom 10. August 1920, der bis heute noch nicht ratifiziert ist, sollten die Türken in Europa auf Konstantinopel und auf einen kleinen Streifen um die Hauptstadt beschränkt werden, und ihnen zugleich ihre reichsten kleinasiatischen Provinzen, wie Smyrna und Armenien, abgenommen werden. Die türkische Regierung in Konstantinopel, die sich völlig in den Händen der Entente befindet, mußte diesen Vertrag anerkennen. Aber in Angora bildete sich eine zweite Regierung, die die eigentliche Macht in Kleinasien hinter sich hatte, und die sich weigerte, den Sevres-Vertrag zu unterzeichnen. Zwar war Marshall Joch rasch bei der Hand, einen Kriegszug auszuwerfen, um die Angorantürken mit Gewalt zur Unterzeichnung zu zwingen. Aber die englischen, französischen und italienischen Volksoffiziere hätten kaum Soldaten und Geld für dieses kleinasiatische Abenteuer bewilligt. So mußte denn das griechische Heer für die Entente einrücken. Man konnte mit wechselndem Erfolg. Aber die Türken erreichten mit ihrem Widerstand, daß der Sevres-Vertrag umgehoben, und auf der Pariser Orientkonferenz im März dieses Jahres die den Griechen gemachten Zugeständnisse beträchtlich eingeschränkt wurden: ganz Kleinasien, also auch Smyrna und Armenien, sollten die Türken behalten, und in Europa sollte der Hafen von Rodosto, in dem die Griechen jetzt ihre Truppen landeten, wieder an die Türken zurückfallen. Adrianopel dagegen den Griechen verbleiben.

Auf die Drohung der Großmächte hin und infolge der beiderseitigen Erschöpfung erklärten sich in diesem Frühjahr beide Parteien zum Waffenstillstand bereit. Es fanden auch fortgesetzt Besprechungen statt. Man konnte sich aber nicht ein-

mal über den Ort einigen, an dem verhandelt werden sollte. Wenn die Griechen jetzt dem stillschweigenden Waffenstillstand ein Ende machen und gegen Konstantinopel marschieren, so wollen sie nicht nur Angora zum Frieden zwingen, sondern sie hoffen auch, die Pariser Abmachungen des Sevres-Vertrages wieder zurück zu revidieren. (Dem gleichen Zweck dient die Autonomieerklärung Smyrnas innerhalb des griechischen Staatsverbandes.) Zum mindesten wollen sie sich Konstantinopel als Hauptstapel für die weiteren Verhandlungen sichern, für dessen Rückgabe sie Zugeständnisse in Smyrna und Thrakien verlangen können.

Die Drohung Angoras, daß man einen griechischen Eingriff auf die Tschatakische Stellung mit einem sofortigen Bormarsch auf Konstantinopel beantworten würde, dürfte die Griechen kaum schrecken. Schwere wiegt schon die Möglichkeit, daß der Konflikt sich auf die anderen Balkanstaaten erweitern könnte, die von Frankreich aufgespuscht werden, und die allerdings ein Interesse daran haben, daß Turagien selbständig oder internationalisiert wird. Daß die Griechen mit dieser Möglichkeit rechnen, erhellt man aus ihrer Presse, die bereits die Stärken der etwaigen bulgarischen, rumänischen und indischen Kampftruppen berechnet.

Fürs erste wurde dem griechischen Bormarsch durch den Einspruch der Entente ein Halt geboten. Denn sowohl Frankreich wie Italien sind gegen Griechenland, und auch England dürfte kaum bereit sein, die Griechen wirklich nach Konstantinopel hineinzulassen mit Rücksicht auf die 70 Millionen Mohammedaner in den englischen Kolonien. Auch ist die mohamedanische Drohung, daß die Verteidiger Konstantinopels bei einem griechischen Angriff auf die „heilige Stadt“ ein fürchterliches Blutbad unter den Christen anrichten würden, wohl nicht ohne Wirkung gewesen.

Nedenfalls haben die Griechen bisher wenig Dank von der Entente gemerkt. Frankreich, das keinen Widerspruch gegen den türkenfeindlichen Frieden von Sevres erhoben hatte, machte der Durchführung des Vertrages fortwährend Schwierigkeiten, und England, das die Griechen zu ihrem Borgehen ermutigte und veranlaßte, hindert sie jetzt an ihrem Bormarsch gegen Konstantinopel. Man erkennt daraus zugleich die Großzügigkeit — im guten und schlechten Sinne —